

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Alexander Flierl

Abg. Christian Hierneis

Abg. Benno Zierer

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Abg. Christoph Skutella

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Volker Bauer

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ralf Stadler

Abg. Walter Nussel

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Interpellation der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)**

**Ökologische und ökonomische Bewertung von Landfill Mining (Deponierückbau) zur Flächen- und Rohstoffrückgewinnung in unmittelbarer Nähe von bayerischen Ballungszentren (Drs. 18/24598)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 16, GRÜNE 10, FREIE WÄHLER 8, AfD und SPD je 7, FDP 6 und Staatsregierung 16 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 3 Minuten sprechen.

Gemäß § 68 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung hat in der Aussprache die interpellierende Fraktion das erste Wort. In diesem Fall ist also zunächst einer Rednerin oder einem Redner der AfD das Wort zu erteilen. Damit erteile ich Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn das Wort. – Bitte schön, Herr Prof. Dr. Hahn, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Werter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bayern! Unsere Interpellation zum Deponierückbau zeigt deutlich, wie wenig Sie alle hier im Haus leider – außer der AfD – an echtem Umweltschutz interessiert sind.

(Zurufe: Oh!)

– Ja, das ist nicht lustig. Während Ihre Parteien, gerade die GRÜNEN und die SPD, darum bemüht sind, die Welt sehr erfolglos zu Ihrer neuen Klimareligion zu bekehren, versuchen wir seit 2018, den Fokus auf echten Umwelt- und Naturschutz und auf Nachhaltigkeit zu legen.

Das Ergebnis Ihrer so herbeigesehnten sogenannten Klimakonferenz in Sharm El-Sheikh, Ägypten, hat klar gezeigt, liebe GRÜNE, wo Sie mit Ihrer Position in der Weltgemeinschaft stehen, und zwar am Spielfeldrand. Aber auch abseits der Weltmeisterschaft braucht niemand besserwisserische Schiedsrichter auf der Außenlinie, sondern vielmehr engagierte Spieler. Ja, wir brauchen engagierte Spieler, die sich auf das Wesentliche konzentrieren, meine Damen und Herren. Gerade vor unserer Haustüre, wo es wirklich zählt, da versagen Sie nämlich. Nicht nur haben Sie unseren ursprünglichen Berichtsantrag – einen Berichtsantrag! – zu dem Thema Potenziale von Deponierückbau grundlos zurückgewiesen, sondern Sie haben auch bis heute nicht verstanden, wie Ressourcenschonung wirklich funktioniert.

Ich möchte hier eine Aussage aus der Antwort der Staatsregierung auf unsere Interpellation zitieren: "Ein Rückbau zum Zweck der Gewinnung von Rohstoffen oder Flächen ist derzeit weder im Abfall- noch im Bodenschutzrecht geregelt." – Wenn das kein Eingeständnis dafür ist, dass Sie Ihren originären Aufgaben nicht nachkommen, was dann? Anscheinend halten Sie es nicht einmal für nötig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für dieses so wichtige Thema zu schaffen. Dabei könnte durch die Vermeidung einer langwierigen und kostspieligen Nachsorge für Altablagerungen der ökologische Erhaltungszustand in Bayern erheblich verbessert werden. Auch die weitere Verwertung potenziell problematischer Deponierückstände würde unserer Umwelt nachweislich zugutekommen.

Doch der sicher nützlichste Haupteffekt, bei dem immer weiter zunehmenden Flächenverbrauch hier in Bayern, wäre die Zurückgewinnung von höherwertig nutzbaren Flächen. Das gilt sowohl für die Neuschaffung von Wohnraum als auch für verschiedenste Infrastrukturprojekte. Die Zeiten, in denen bayerischer Müll einfach verklappt wurde, sind vorbei. Deshalb ist es allerhöchste Zeit, sich der Verantwortung zu stellen und zukunftsfähige Lösungen auch für das zu finden, was aktuell gerade anfällt, auch für das, was schon seit Langem da ist. Dazu gehört eben die Schaffung wirtschaftlicher Anreize, um neue Technologien und Konzepte zu entwickeln und zu etablieren.

Meine Damen und Herren, wer jetzt Kosten scheut, gibt sie an die kommenden Generationen weiter, und die müssen ohnehin schon hundertfach für die Versäumnisse in der Gegenwart bezahlen. Hier braucht es übergreifende Strategien und akutes Handeln, statt immer alles auf die lange Bank zu schieben.

Wenn Sie sich fragen, woher das Geld dafür kommen soll: Machen Sie sich keine Sorgen, die Gelddruckmaschine für Ihre sogenannten Klimaschutzmaßnahmen läuft doch auf Hochtouren – ohne Ergebnisse zu generieren allerdings, vom Niedergang unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands einmal ganz abgesehen.

Fangen Sie also bitte endlich damit an, vor der eigenen Haustüre zu kehren, anstatt dem Rest der Welt Ihre offensichtlichen Fehlleistungen als Wundertüte verkaufen zu wollen; denn diese Scheinmoral können wir uns hier in Bayern und in Deutschland nicht mehr leisten.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hahn. – Damit komme ich zum nächsten Redner. Es ist der Abgeordnete Alexander Flierl, CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter Flierl, bitte kommen Sie ans Rednerpult.

**Alexander Flierl (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die AfD immer Themaverfehlungen bringt und sich sowohl umweltpolitisch als auch abfallpolitisch immer noch im letzten Jahrhundert befindet, auch mental, dann ist dieser Beweis hiermit angetreten worden.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns wird nichts "verklappt", sondern wir bekennen uns ganz klar dazu, dass wir Abfall so weit wie möglich vermeiden wollen, soweit es geht wiederverwenden wollen, dass wir ihn notwendigerweise dann behandeln und beseitigen, orientiert am Stand der Technik – das ist ganz entscheidend – und zusätzlich auch in der Verantwortung

der entsorgungspflichtigen Körperschaften, oft Zweckverbänden oder einzelnen Kommunen.

Sie beleuchten hier nur einen Punkt, die Deponien, und zwar nur einen kleinen Teilaspekt. Hierbei ist, wenn wir auf das Thema eingehen, festzuhalten, dass eben Deponien rein zur Ablagerung dienen und bei einem Rückbau dann eben die Abfälle sogar wieder ausgebaut werden können. Das liegt oft daran, dass es ein Sanierungserfordernis am jeweiligen Standort gibt oder ein Erfordernis zur Gewinnung von Rohstoffen oder ein Erfordernis, bei Bedarf die betroffene Fläche anderweitig zu nutzen. Aber – das ist ganz entscheidend – man kann das nicht verallgemeinern. Man kann das nicht für allgemeingültig erklären, dass ein Deponierückbau zwingend notwendig und erforderlich wäre, und man muss dies insbesondere auch einzelfallbezogen durchführen.

Deswegen muss man auch immer wieder die individuelle Charakteristik des Deponiestandortes bewerten, beurteilen, und deswegen kann man da letztendlich auch keinen groben Überblick geben, von oben herab, sondern man muss das eben anhand einer konkreten Situation beurteilen. Letztendlich ist der Deponiebetreiber dafür zuständig, genau diese Entscheidung zu treffen, wie er mit der Deponie verfahren will – es sei denn, es gibt ein Sanierungserfordernis. Deswegen macht es momentan auch wirtschaftlich gar keinen Sinn, Deponien zurückzubauen, wenn kein Sanierungsbedarf besteht. Ich glaube, das ist die Quintessenz aus dieser Interpellation, die Sie angestoßen haben.

Man muss natürlich auch feststellen: Wenn man zurückbaut, müsste der Abfall, der nicht weiterverwendet werden kann, zum einen behandelt werden – und die Behandlungskapazitäten sind gerade im thermischen Bereich sowieso schon sehr eingeschränkt –, und zum anderen bräuchte man wieder Deponien, wo man diese Reststoffe dann unterbringen müsste. Das sind Punkte, die Sie in Ihrer Argumentation völlig unberücksichtigt lassen.

Als Fazit bleibt hier: Auch durch Ihre Interpellation kommen wir zu keinen Neuigkeiten. Wir kommen damit auch in der Abfallpolitik ganz sicher nicht weiter. Wir werden an unseren Grundsätzen der Abfallvermeidung festhalten. Ich möchte auch für unsere Fraktion hier kundtun, dass es eben keine gesetzlichen Versäumnisse oder Erfordernisse gibt, hier zusätzlich etwas zu regeln. Dies ergibt sich auch ganz klar aus der Interpellation.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Prof. Dr. Hahn, bitte schön.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Flierl von der CSU, wenn Sie abfallpolitisch vom letzten Jahrhundert sprechen, war das jetzt eher ein Beitrag von Ihnen, der ins letzte Jahrhundert gehört. Denn selbst die Staatsregierung hat in der Antwort auf diese Interpellation klar gesagt – sie musste das gestehen –, dass sich das unter Umständen lohnen kann. Aber sie redet sich eben damit heraus, oder Sie reden sich damit heraus, dass es keinen rechtlichen Rahmen gebe und man nicht wisse, ob und wo es sich lohne.

Im Allgemeinen lese ich eigentlich nur viel Planlosigkeit aus Ihrer Antwort heraus. Es geht ja sowohl um die Rohstoffe als auch um die Flächen. Wenn Sie sich schon nicht für die Rohstoffe, wie wir es gerade gehört haben, begeistern können, dann denken Sie doch wenigstens einfach mal an die Flächen. Denken Sie an den Wohnraum, der hier teuer geworden ist, an die Mieten, die gestiegen sind, an die Grundstückspreise, die kaum noch bezahlt werden können, die explodieren. Hier liegt eine Menge Potenzial verborgen, und das sollten Sie als Staatsregierung doch eigentlich heben.

Deshalb frage ich: Was spricht denn dagegen, so etwas zu machen, gerade auch den rechtlichen Rahmen dafür einmal zu schaffen? Es ist doch unglaublich, dass diese rechtliche Möglichkeit gar nicht da ist. – Darauf hätte ich gerne eine plausible Antwort von Ihnen.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön.

**Alexander Flierl (CSU):** Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Sie die Worte "Abfälle verklappen" etc. verwendet haben. Das zeigt Ihre Geisteshaltung in dieser Frage.

(Widerspruch bei der AfD)

Aber wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass man eben nicht alles über einen Kamm scheren kann, dass es sehr wohl einzel-fallbezogene Umstände geben kann, neben einer Sanierung, die gesetzlich zwingend notwendig ist, eben auch weitere Punkte zu berücksichtigen. Das können die Rohstoffe sein oder eben auch die Möglichkeit, dass man die Fläche verwerten kann, gerade auch im städtischen Bereich.

Aber es bleibt natürlich auch bei der Aussage, die wir der Interpellation entnehmen können. Das kann ich sehr gerne zitieren:

Insgesamt stellt sich der Deponierückbau wegen fehlender ausreichender Erlöse derzeit als nicht wirtschaftlich dar. Kommen aber weitere Punkte hinzu, und dies sind zum jetzigen Zeitpunkt vor allem die Nachnutzungsmöglichkeiten für Immobilien, so können sich bereits heute interessante Projekte ergeben, wie dies im Ausland bereits aufgezeigt wurde.

Das wird also sehr wohl von der Staatsregierung gesehen und auch von uns als Regierungsfraktionen. Zudem haben wir auch ausreichend gesetzliche Möglichkeiten, dies umzusetzen, wenn es denn notwendig oder erforderlich ist oder wenn hier entsprechende Nutzungspotenziale gegeben sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Flierl. Damit ist Ihr Part beendet. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Abgeordneter Christian Hierneis von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Hierneis.

**Christian Hierneis (GRÜNE):** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn das Thema schon auf der Tagesordnung steht, dann darf ich in aller Kürze unsere wichtigsten Positionen zum Thema Abfall darstellen.

Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die sich dafür einsetzt, Rohstoffe möglichst lange im Kreislauf zu belassen. Wir wollen die Abfallhierarchie, die auch Kollege Flierl schon korrekt angesprochen hat, noch viel besser umsetzen. Oberstes Ziel der Abfallhierarchie ist die Müllvermeidung. Dann kommt die Wiederverwendung, dann das Recycling, dann die Verwertung, die auch thermisch sein kann, und nur im Ausnahmefall die Beseitigung, wie zum Beispiel die Deponierung.

Deshalb engagieren wir uns für Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling. Unser Ziel ist Zero Waste. Das ist ein hehres Ziel. Es soll so gut wie kein Müll verursacht und die Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Das kann natürlich nur gelingen, wenn auch Produzenten und Müllverursachende stärker in die Verantwortung genommen werden. Dafür muss das Konzept der Kreislaufwirtschaft ganzheitlich bereits bei Design, Herstellung und Nutzung von Produkten berücksichtigt werden.

Wir fördern Mehrweg bei Transport, Online-Handel, Einkauf und Lebensmittelverpackungen. Wir treten für ein EU-weites Pfandsystem ein. Wir wollen, dass Ressourcenschätze aus alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden. Bei der Ausgestaltung der Müllsammlung wollen wir flächendeckend Hol- statt Bringsysteme. Kunststoffsorten und Verbundstoffe müssen reduziert und giftfrei werden. Stoffe im Kreislauf zu führen, ist auch ökonomisch wertvoller, als sie wegzuwerfen, und es reduziert vor allem auch Abhängigkeiten. Kreislaufwirtschaft muss zum Standard werden.

Wir wollen natürlich auch weniger Müll deponieren. Deshalb brauchen wir eine stringente Anwendung der Abfallhierarchie auch im Baubereich. Das heißt, wir brauchen Vorgaben zur Vermeidung, Wiederverwendung und zum Recycling von Baustoffen. Dazu gehört auch die Einführung einer Quote für den Einsatz von Recyclingbeton im Hochbau. Das alles reduziert die Deponierung von Baustoffen.



Wir setzen uns für ein europaweites Ende der Deponierung von Siedlungsabfällen ein. Wir müssen entschlossen gegen illegale Abfallexporte vorgehen. Der Export von Abfällen darf europarechtlich nur noch in zertifizierte Recycling-Anlagen möglich sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wird das alles endlich umgesetzt, muss weniger oder irgendwann gar nichts mehr deponiert werden. Das muss unser aller Ziel sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Benno Zierer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter Zierer, ich bitte um Ihr Wort.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Landfill Mining ist eine Idee, die sich zuerst einmal gut anhört: Alte Mülldeponien werden aufgegraben, darin wiederverwertbare Rohstoffe gesucht und dem Stoffkreislauf zugeführt. Als Nebeneffekt gewinnt man auch Flächen zurück, die sich anderweitig nutzen lassen.

Gerade in Zeiten von Rohstoffknappheit ist das sicherlich ein Ansatz, über den man nachdenken sollte. Man muss sich allerdings sehr genau überlegen, ob der Aufwand im Verhältnis zum Ertrag steht. Bei genauerer Betrachtung ist das derzeit sicher nicht der Fall; zumindest nicht in dem Maße, um den Rückbau zur Gewinnung von Rohstoffen in größerem Stil umzusetzen. Vom Energieverbrauch möchte ich gar nicht reden. Das geht aus den sehr ausführlichen und fundierten Antworten hervor, die das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz im Rahmen dieser Interpellation gegeben hat.

Jede Deponie ist ein Einzelfall. Sie hat ihre eigene Ablagerungshistorie, und deshalb bräuchte es vor der Entscheidung über einen Rückbau sehr detaillierte und umfangreiche Untersuchungen.

Welche Arten von Deponien kämen überhaupt infrage? – Bei Monodeponien oder speziellen Werksdeponien wäre es sicher noch verhältnismäßig unkompliziert. Aber davon gibt es nicht viele, und meistens sind dort Dinge gelagert, die sicherlich nicht mehr verwertbar sind. Ich würde davon ausgehen, dass die Industrie früher schon versucht hat, noch verwertbares Material aus ihren Abfällen zu entnehmen.

Bei alten Bauschuttdeponien haben Sie das Asbestproblem. Rückgebautes Material, das belastet ist und nicht verwertet werden kann, müsste in andere Deponien umgesetzt werden. Das führt also wieder zu mehr Verkehr. Abgesehen davon gibt es oberirdisch genug Bauschutt, der aufbereitet werden könnte. Hier müssten wir ansetzen, damit es dort weitergeht.

Bleiben wir bei den Hausmülldeponien und Mischdeponien. Die Frage ist, was man rauszieht und ob sich der Aufwand lohnt. Das ist immer die Frage bei diesen Dingen. In Nordrhein-Westfalen wurde 2016 ein Leitfaden herausgegeben, in dem die Umsetzung eines Rückbaus dargestellt wird. Das Verfahren ist sehr komplex. Zu klären sind zum Beispiel Fragen der Belüftung, der Ausgrabung, des Umgangs mit Störstoffen und des Brandschutzes. Gebraucht werden Zwischenlagerflächen, die abgedichtet sein müssen. Die Trennung ist äußerst aufwendig und unrentabel.

Nicht zu vergessen: Schon beim Rückbau einer kleineren Deponie von 10.000 Kubikmetern – das ist wirklich eine kleine Deponie – sind für den Abtransport und die Sortierung rechnerisch 2.000 Lkw-Fahrten notwendig. Das bedeutet Lärmimmissionen für die Anwohner und Dreck. Bei denen wird sich die Begeisterung in Grenzen halten.

Das meiste Material bei alten Siedlungsabfällen wird thermisch verwertet. Bei der thermischen Verwertung haben wir heute schon ein Problem mit den Kapazitäten. Klar erhält man damit einen Energieträger; aber die Energie, die bis dahin verbraucht wird, um die Abfälle in die Verbrennung zu bringen, muss man selbstverständlich dagegenrechnen.

In der Antwort wird das Beispiel einer Deponie im Landkreis Traunstein aufgeführt. Diese wurde wegen der Lage in einem Wasserschutzgebiet zurückgebaut. Es war eine kleine Deponie mit 13.000 Kubikmetern Aushub. Und was war drin? 60 % Bodenanteil, 20 % mineralischer Bauschutt, 15 % Kunststoffe, 4 % Metallabfälle, ein bisschen Eisenschrott, verrostete Dosen und Kronkorken. Dafür würde sich der Aufwand sicherlich nicht lohnen.

Was die Gewinnung von Flächen anbelangt, so muss man eines berücksichtigen: Verfüllte Deponien sind schon heute oft keine ungenutzten Flächen mehr. Sie dienen Gemeinden als Ausgleichsflächen oder als Standorte für PV-Anlagen.

Wenn Sie alte Gruben haben, müssen Sie diese ja auch wieder verfüllen. Die Frage ist dann, womit.

Es bleibt das Fazit: Wenn man im Einzelfall einen Rückbau als notwendig erachtet, zum Beispiel wegen des Wasserschutzes, dann sollte er erfolgen. Landfill Mining bei uns in größerem Rahmen zur Gewinnung von Rohstoffen oder Flächen einzusetzen, ergibt aber wahrlich keinen Sinn. Auch eine staatliche Förderung, wie sie schon verlangt wurde, ergibt hier keinen Sinn. Es ergibt einfach keinen Sinn; das sollten wir akzeptieren. – Viele Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zierer. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Hahn. Bitte.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN, ich bin platt; das muss ich so sagen. Ich bin überrascht, dass Sie hier pauschal sagen, es habe keinen Sinn, ein Recycling von Rohstoffen aus alten Deponien durchzuführen. Wir haben doch hier genau das Gegenteil gehört; wir wollen heutzutage Kreisläufe haben.

Sie sagen, mit Verlaub, auch genau das Gegenteil dessen, was die Staatsregierung – Ihre Staatsregierung – auf diese Interpellation geantwortet hat. Es gibt nämlich Nutzungsmöglichkeiten, gerade für Immobilien. Ich zitiere: "[...] so können sich bereits heute interessante Projekte ergeben [...]" An anderer Stelle schreibt die Staatsregierung: Es kann Sinn machen.

Sie haben das soeben pauschal weggewischt. Dabei ist es so, dass wir schon in unserer Überschrift von Flächen- und Rohstoffrückgewinnung sprechen – beides! –, und zwar in unmittelbarer Nähe von Ballungszentren. Wir alle sind uns doch darin einig, dass die großen Zentren wie München ein erhebliches Platzproblem haben und dass wir genau dort Immobilienstandorte brauchen, um die horrenden Miet- und Hauspreise endlich in den Griff zu bekommen. Unser Vorschlag ist ein Ansatz.

Insofern frage ich Sie einfach nur: Warum schaffen Sie das nicht? Warum wollen Sie das nicht? Warum wollen Sie die gesetzlichen Grundlagen dafür, dass man hier angreifen kann, nicht schaffen?

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Abgeordneter Zierer, bitte.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Wenn Sie meinen, zur Baugrundgewinnung sei das sinnvoll, dann muss ich Ihnen sagen: Wir haben vor den Toren Münchens ja ein Paradebeispiel – unseren Schuttberg. Wenn Sie den abtragen, ist die Fläche als Baugrund nicht mehr attraktiv. Wenn Sie jetzt dort draufbauen, ist es vielleicht interessanter.

Das Ganze muss sich auch ökologisch rentieren; es muss sinnvoll sein. In der Zukunft wird es viele Dinge geben, die sich, wenn wir kostenlose Energie zur Verfügung haben, anders rechnen werden. Momentan ist das Ganze aber Unsinn, und Unsinn sollte man nicht befeuern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. – Damit darf ich die nächste Rednerin aufrufen. Sie steht schon am Redepult. Frau Dr. Simone Strohmayr, bitte schön.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es im Zusammenhang mit dieser Interpellation zunächst einmal interessant, dass sich die AfD mit einem Super-Spezialthema unerwartet als Umweltschützerin gerieren möchte.

Flora und Fauna sollen vor schädlichen Umwelteinflüssen bewahrt werden. Die Idee mag richtig sein, ist aber leider nicht zu Ende gedacht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich finde, dass eine Interpellation überhaupt nicht das richtige Mittel ist, um ein solches Spezialthema aufzugreifen. Interpellationen sind in der Regel dafür gedacht, dass ein Thema von übergeordneter Bedeutung mit entsprechenden Fragestellungen abgehandelt wird. Eine Interpellation stellt ja auch einen erheblichen Aufwand für die entsprechenden Behörden dar; ich denke, mit diesen Ressourcen sollten wir schonend umgehen.

Angesichts einiger Fragen aus der Interpellation drängt sich mir die Frage auf, ob sich die AfD überhaupt selbst schon ausreichend mit der Thematik beschäftigt hat. Wir jedenfalls sind der Meinung, dass Fragen so präzise formuliert sein sollten, dass die Staatsregierung, die ja darauf antworten soll, auch antworten kann. Bei vielen Fragen Ihrer Interpellation ist das leider nicht so.

Die Antwort der Staatsregierung macht vor allen Dingen eines deutlich: Eine einfache Antwort – die Sie ja so sehr lieben – kann es bei diesem komplexen Thema nicht geben. In jedem Einzelfall muss geprüft werden, welchen Standort die Deponie hat und welche Materialien dort verfüllt sind. Daher kann es keine grundsätzliche Regelung geben.

Kritisch ist auch die Frage, was mit den Materialien der Deponie passieren soll, die eben nicht als Rohstoffe gewertet werden können, sondern einfach Abfall bleiben. Man muss sich darüber im Klaren sein: Während eine Deponie abgebaut wird, wird an einer anderen Stelle eine Deponie aufgebaut.

(Beifall bei der SPD)

Mein Kollege Benno Zierer hat es schon gesagt: Bei diesem Umherschichten von Abfall entstehen neues klimaschädliches CO<sub>2</sub>, Kosten für den Transport und viele weitere negative Folgen. So etwas kann natürlich im Einzelfall ökologisch und ökonomisch sinnvoll sein; aber das gilt eben nur für den Einzelfall. Derzeit sollte unser Fokus auf jeden Fall auf der Vermeidung von Müll liegen.

Unser Fazit ist: Der beste Müll ist der, der gar nicht anfällt. – In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. Ich bitte auch Sie zu bleiben. – Es folgt die dritte und letzte Intervention von Herrn Prof. Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzte Frau Dr. Strohmayr, ich muss mich doch, ehrlich gesagt, sehr wundern: Normalerweise werfen Sie uns immer genau das Gegenteil vor, indem Sie behaupten, wir würden pauschal irgendetwas machen. Heute beschweren Sie sich darüber, dass wir ein Spezialthema aufgreifen, eines aus dem Bereich Umwelt- und Naturschutz.

Ich sage Ihnen eines: Ihre Partei, die SPD, hat im Umweltausschuss einen Berichts Antrag dazu abgelehnt, weil es Sie generell nicht interessiert. Ja, es ist ein Sachthema, vielleicht sogar ein spezielles; aber für die AfD ist Abfall eben wichtig genug, um auch hier im Plenum einmal darüber zu debattieren. Die Bereitschaft dazu habe ich bei Ihnen nicht erkannt.

Ein zweites Ja: Ja, wir kümmern uns um Flora und Fauna. Wir kümmern uns um die Natur. Wir kümmern uns aber auch um den Menschen. Es geht hier um Stoffkreisläufe, aber auch um die Rückgewinnung von Ressourcen, die unsere Vorgänger und wir verbraucht haben. Wir können sie zurückgewinnen – neben den Flächen, die wir natürlich auch gerne haben würden, gerade in den Ballungsräumen, zum Beispiel für Wohn- oder Industriebebauung.

Deshalb frage ich Sie: Warum sind Sie gegen eine solche Fach- und Sachpolitik? Warum lehnen Sie solche Berichtsanträge ab und sprechen auch hier dagegen?

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön, Frau Dr. Strohmayr.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Kollege, von meiner Seite ist zu diesem Thema alles gesagt worden. Ich glaube, wir müssen die Redezeit heute nicht weiter strapazieren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD: Oh!)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, da in diesem Parlament kleine Gemeinden genauso zählen wie große Städte, darf ich, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, eine Delegation der Marktgemeinde Burgebrach begrüßen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Als nächsten Redner darf ich den Abgeordneten Christoph Skutella von der FDP-Fraktion aufrufen. Herr Kollege, bitte.

**Christoph Skutella (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Landfill Mining ist – wir haben es schon gehört – mit größeren Risiken verbunden. Allein schon die möglichen Gefahren für Wasser, Luft und Boden in der näheren Umgebung bei einem Aufreißen der Deponie sind Argumente gegen einen Deponierückbau.

Zudem ist es nur schwer möglich, standardisierte und vergleichbare Maßnahmen für das Landfill Mining festzulegen. Jede Deponie hat ihre eigene Zusammensetzung und muss dementsprechend einzelfallspezifisch betrachtet werden. Damit einhergehend sind aufwendige Untersuchungen der Deponie notwendig. Jeder Rohstoff, den man dann aus dieser Deponie gewinnen würde, müsste einzeln begutachtet werden, um festzustellen, ob er denn überhaupt für eine Wiederverwendung geeignet ist.

(Beifall bei der FDP)

Wenn dies nicht der Fall sein sollte, müsste man die Stoffe wieder auf anderen Deponien entsorgen, wofür aber kein Platz ist; auch das haben wir schon gehört. Wie wir alle wissen, hinkt der Freistaat auch bei der Ausweisung neuer Deponien hinterher. Somit übersteigen die Kosten, der Aufwand und auch das ökologische Risiko für eine solche Maßnahme den Nutzen der Rohstoffrückgewinnung. Letztlich kann es der Umwelt mehr schaden, als man durch die Erlangung von Rohstoffen durch den Deponierückbau gewinnen könnte. Daher sehen wir auch diese Methode skeptisch.

Die Lösung für das wachsende Rohstoffproblem ist eine andere: Wir müssen uns vielmehr um eine geschlossene Kreislaufwirtschaft der heute zur Verfügung stehenden Ressourcen bemühen. Somit schonen wir den Rohstoffabbau im In- und Ausland und vermindern gleichzeitig CO<sub>2</sub>-Emissionen, die bei der Herstellung von neuen Produkten anfallen würden. Gerade im Recycling sehen wir noch große Optimierungspotenziale. Die Realisierung dieser Potenziale kann dabei helfen, Deutschland und Europa unabhängiger und freier von Rohstoffimporten zu machen. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft und ein effizientes und effektives Recycling sind für uns daher ein Freiheitskreislauf.

(Beifall bei der FDP)

Ein Beispiel hierfür ist der Recyclingbeton; dieser hat in den letzten Jahren die gleiche Qualität wie herkömmlicher Beton erreicht. Nun kommt es auf die Schaffung einheitlicher Qualitätsstandards und darauf an, dass er auch von der öffentlichen Hand einge-



setzt werden darf; denn damit sich Recyclingbeton und andere Rezyklate wirtschaftlich durchsetzen können, brauchen sie am Markt gleiche Wettbewerbsbedingungen wie neue Produkte.

Die Zertifizierung der Rezyklate und die Schaffung einheitlicher Standards ist Bundes-sache. Bei der Beschaffung für die öffentliche Hand kann die Staatsregierung aber mit gutem Beispiel vorangehen. Dieses Thema sollten wir gemeinsam anpacken. Darin sehen wir auch Sinn.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Skutella. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Bitte schön.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Verehrte Bürger, Hohes Haus! Die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Deponien, etwa um Energieträger zu gewinnen, ist seit zehn Jahren immer wieder Thema in Recyclingfachkreisen. So hat man zum Beispiel versucht, bei der Zementherstellung den 60-prozentigen Anteil von Sekundärenergieträgern durch Gewinnung von Siedlungsabfall etwa als Brennstoff weiter zu erhöhen. Letztlich zeigte sich aber schnell, dass jedenfalls in Bayern weder die Rückgewinnung vielleicht wertvoller Rohstoffe noch die Gewinnung verwertbarer Energie oder gar die Rückgewinnung von Siedlungsflächen Profite erwirtschaften würden. Dennoch könnte der Rückbau von Abfallhalden etwa aus Gründen des Landschaftsschutzes und auch zur Vermeidung des Flächenverbrauchs durchaus nützlich sein.

Aktuell gibt es aber viel Wichtigeres, als teure Energie, die wir nicht haben, zum Rückbau von Deponien einzusetzen. Was ist viel wichtiger? – Die akute Existenzbedrohung unserer Bürger und der Industrie durch Teuerung, Inflation, Überbevölkerung und fehlende Energiesicherheit. Das muss im Fokus der Politik stehen. Die Deponie- oder Recyclingfrage wird zur Lösung keinen nennenswerten Beitrag leisten können, auch heute nicht.

Ich frage mich sowieso immer, warum die Staatsregierung in Bayern so auf den grünen Fetisch von Sonne und Wind setzt, um hier Energie zu gewinnen, ohne dass Sie – und das wissen Sie ganz genau – die erforderliche Speichertechnologie dafür haben. Der Rückbau von Deponien würde vielleicht allenfalls einmal einen Windradstandort ergeben, mehr aber nicht. Wieso ergreift die Staatsregierung eigentlich nicht längst ernsthaft Initiativen zur Nutzung moderner Kernkraft?

Wir bekritteln immer, dass die Kernkraft-Abfall-Frage immer noch nicht gelöst ist; es gibt noch kein Endlager, um Atommüll für Millionen Jahre sicher zu entsorgen. Nein, aber es gibt jetzt neue Technologien; damit kann man den bisher angefallenen Abfall erneut als Energieträger einsetzen und die Halbwertszeit der gefährlichen Strahlung sogar auf 500 Jahre reduzieren. Auch das ist heute vielleicht nicht unbedingt die Frage, aber an Herrn Söder, der jetzt nicht da ist, habe ich schon die Frage, warum er nicht endlich seine Stimme erhebt und die suizidale Sanktionspolitik der EU aufgreift, wie es etwa der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán tut.

**Erster Vizepräsident Karl Feller:** Bitte beachten Sie Ihre Redezeit.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Warum greift er das nicht endlich auf, um die Teuerung zu reduzieren? Das ist Orbán in Ungarn gelungen. Wenn überhaupt, hat ein Rückbau nur im Bereich der Kernenergie Sinn, nämlich beim Rückbau der bisherigen gefährlichen Oberflächendeponien dieser Brennstäbe.

**Erster Vizepräsident Karl Feller:** Danke schön, Herr Abgeordneter. – Dann darf ich Herrn Abgeordneten Volker Bauer von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Volker Bauer (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es wieder einmal um Deponien, also um Erdbauten. Warum fällt mir mit Blick auf die AfD-Interpellation der Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" ein? – Vielleicht, weil Bill Murray als egozentrischer, zynischer Wettermann in einer nervigen Zeitschleife festsass und immer und immer wieder das Gleiche erlebte. Es ist genau

wie mit der AfD in diesem Haus: In immer gleicher Manier wird eine inhaltliche Nebelkerze nach der anderen gezündet.

Mich überrascht aber mit Blick auf die Interpellation, mit welchem neuen falschen Narrativ versucht wird, die Bevölkerung zu verunsichern: Bisher konnten sich die Kollegen auf das Motto verständigen: Parlamentarier schlägt sich, Parlamentarier verträgt sich. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, entweder gehen euch langsam die Themen aus, oder die AfD-Rest-Rumpfmannschaft ist nicht mehr in der Lage, sich auf neue Narrenstücke zu verständigen und muss Altes nachkarteln.

Hinter der Interpellation stehen ein paar Erzählungen: Erstens seien die Deponien bestimmt irgendwann einmal undicht. Zweitens sollten wir sie darum rasch alle wieder zurückbauen. Drittens steckten darunter goldene Rohstofföpfe. Viertens böten die 83 Deponien im Freistaat Bayern Eins-a-Flächen für Immobilien in bester Wohnlage. – Fünf von sechs Parteien haben alle vier Punkte im Ausschuss schon Ende 2019 und im Plenum im Januar 2020 als falsch herausgearbeitet. Das hat die Kollegin vor mir ebenso wie der Kollege Flierl getan.

Einzig die AfD will bildlich gesprochen weiter dort nach Erdöl bohren, wo – das versichern ihr alle – bestenfalls noch der eine oder andere Tropfen Altöl liegt. Die AfD hält in Ausblendung aller Fakten an ihrer Erzählung fest, ökologisch und ökonomisch vorteilhaftes Sanieren laufe entspannt und damit gebe es blühende Immobilienlandschaften. Es ist schade, dass es einer geschrumpften Fraktion pauschal möglich ist, Verwaltung und Parlament abermals mit diesem Märchen zu behelligen.

(Zuruf des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

– Abwarten, Herr Kollege! – Es ist schade, weil mit dem Interpellationsweg und den Sachanträgen deutlich wird, worum es den Kollegen wirklich geht. Es geht um Unruhe, Verunsicherung, latente Vorwürfe und darum, mit dem Dreck zu werfen, den Sie gerne ausgebuddelt sehen würden. Das ist parlamentarische Schmutzlecke!

Die Antwort auf den Fragenkatalog der AfD an die Staatsregierung erinnert an eine Allerheiligenlitanei: Rohstoffpotenzial in Deponien, ökologischer Mehrwert und ökonomische Vorteile. Lieber Kollege Hahn, ich bin Protestant, und liebe Kollegen, seht mir bitte nach, wenn ich etwas zusammenfassend abkürze: Deponien waren und sind schadstoffsenkend. Ihre Funktion ist das Ausschleusen von Abfällen aus der Kreislaufwirtschaft. Die pauschale Öffnung intakter Deponien zur Ressourcen- und Flächengewinnung ist ein klarer Holzweg.

Es entstehen hohe ökologische und ökonomische Kosten. Sie entstehen durch Maschineneinsatz und dadurch, dass die gewonnenen Stoffe fast ausnahmslos wieder deponiert werden müssen. Daher nochmals der bereits 2020 getätigte Hinweis: Wenn aus Gründen der Gefahrenabwehr eine Deponie teilsaniert werden muss, spricht nichts dagegen, Potenziale der Rohstoffgewinnung zu würdigen, auch wenn sie sehr, sehr gering ausfallen.

Das meint aber etwas anderes als die AfD-Interpellation. Grundsätzlich muss es uns aus Gründen des Ressourcenschutzes, des Flächenschutzes und des Klimaschutzes jenseits nachwachsender Rohstoffe darum gehen, die Kreislaufwirtschaft zu stärken und Abfälle allgemein bestmöglich zu vermeiden. Es hilft jedoch nicht, so zu tun, als würde aus Abfall irgendwann Gold, wenn man ihn nur ein paar Jahrzehnte verbuddelt. Vielleicht sieht das nach diesem Plenum auch die AfD endlich ein. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Ralf Stadler.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Ralf Stadler (AfD):** Habe die Ehre. – Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Rückbau von Hausmülldeponien ist vor allem vor dem Hintergrund steigender Ressourcen- und Grundstückspreise eine immer bedeutsamer werdende Möglichkeit zur umweltschonenden Flächengewinnung. Diesen wichtigen Trend scheint die Staatsregierung jedoch verschlafen zu haben. Denn wie sonst ist es zu erklären, dass der Deponierückbau in Bayern bislang nicht einmal in Betracht gezogen worden ist? Ohne mit der Wimper zu zucken, werden zig Millionen für ideologische Klimaschutzprojekte verschleudert, aber im Bereich der Ressourcenschonung und des echten Klimaschutzes passiert gar nichts. Besonders jetzt sollte mehr Initiative gezeigt werden, um endlich konkrete Regelungen im Kreislaufwirtschaftsgesetz zu treffen.

Neben der Beantwortung rechtlicher Fragen muss Bayern auch geeignete Förderinstrumente auf den Weg bringen, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Mit dem Deponierückbau leisten wir einen erheblichen Beitrag zum Ressourcen- und vor allem zum Umweltschutz. Auch die Flächenrückgewinnung ist ein Argument, denn täglich werden in Bayern 10,3 Hektar an Flächen verbraucht. Das muss man sich einmal vorstellen.

Warum wollen Sie nicht einmal mit gutem Beispiel vorangehen, verehrte Damen und Herren von der Staatsregierung? Starten Sie doch einmal mit einem Pilotprojekt. Damit Sie nicht gleich in den nächstmöglichen Skandal schlittern, indem Sie versehentlich eine Zeitbombe öffnen, die die Altparteien da hergestellt haben, suchen Sie sich doch selbst eine Deponie aus, die Sie dann öffnen.

(Zurufe)

Ich bin mir sicher: Als Kooperationspartner könnte man zahlreiche bayerische Unternehmen gewinnen, die sich auf Ressourcenverwertung bzw. auf Recycling spezialisiert haben. Das verbunden mit einem anschließenden Flächennutzungskonzept könnte wegweisende Erfahrungen generieren. Auch eventuelle rechtliche Fragestellungen könnten so praxisnah auf ihre Sinnhaftigkeit bzw. Erweiterbarkeit untersucht

werden. Das ist dringend notwendig; denn auch in Zukunft gilt: Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Walter Nussel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Richtigstellung möchte ich dem Vorredner sagen, was der Freistaat und seine Behörden hier alles in die Wege geleitet haben, bereits seit Jahrzehnten, aber immer wieder vorausschauend mit neuen Techniken. Ja, wir haben Deponien. Sie werden stetig untersucht und von unseren Behörden vor Ort, ausgehend vom Umweltministerium über das LfU, das Wasserwirtschaftsamt, die Kreisbehörde, je nach Zuständigkeit fortwährend in Augenschein genommen. Ich glaube, es gibt kein anderes Land, das so speziell mit diesem Thema umgeht wie der Freistaat Bayern.

Persönlich war ich schon mitverantwortlich, als wir Deponien anschneiden mussten, weil wir dort eine Umgehungsstraße gebaut haben. Das wird auch nicht leichtfertig gemacht. Da werden die ganzen Verfahren durchgeführt, alles rauf und runter, damit wirklich nichts passiert, wenn man da etwas entnimmt, wenn man es entweder – in Anführungszeichen – "verwertet" oder in eine andere Deponie verbringt und dort ordentlich für die Umwelt geschützt dann in Augenschein nehmen kann.

Über die eine oder andere der 65 Fragen, die Sie hier gestellt haben, kann man sicherlich diskutieren und auch streiten. Aber insgesamt möchte ich für die Staatsregierung und vor allem für unseren Umweltminister hier zum Ausdruck bringen, dass der Freistaat Bayern seit Jahrzehnten, wie ich es eingangs gesagt habe, fortwährend mit dem Thema ordentlich umgeht, Bestmögliches versucht und in Augenschein nimmt. Ich war erst kürzlich bei einer Firma, die mit – in Anführungszeichen – "Restmüll" auch Rohstoffe herstellen möchte. Wenn es dann fortwährend weitergeht und die Industrie,

die Technik, die Wissenschaft das hergeben, kann man ja über das eine oder andere sprechen. Aber zum heutigen Zeitpunkt pauschal zu sagen, wir bauen jetzt die Depo- nien zurück, ist der falsche Zeitpunkt; das wäre auch der falsche Akzent, den wir hier setzen.

Noch einmal herzlichen Dank auch an unseren Umweltminister, der hier erfolgreiche Arbeit mit seinen Behörden leistet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.